

Universitäts- und Hansestadt Greifswald
Kanzlei der Bürgerschaft

03.12.2018

Protokoll

der Sondersitzung des Ausschusses für Finanzen, Liegenschaften und Beteiligungen am Montag, 3. Dezember 2018, im Senatssaal des Rathauses

Öffentlicher Teil

Beginn: 18:00 Uhr

Ende: 19:52 Uhr

Anwesenheit

Herr André Bleckmann

Frau Bettina Bruns

Herr Jan Evers

Frau Yvonne Görs

Herr Heiko Jaap

Herr Dr. Andreas Kerath

Herr Markus Kolbe

Herr Jörg König

Herr Patrick Leithold

in Vertretung von Herrn Alexander Krüger

Herr Thomas Mundt

Herr Franz Küntzel

in Vertretung von Herrn Walter Noack

Frau Birgit Socher

Herr Dr. Rainer Steffens

Frau Brigitte Witt

Entschuldigt

Herr Alexander Krüger

Herr Walter Noack

Herr Dr. Sascha Ott

Verwaltung

Herr Dr. Stefan Fassbinder

Frau Jeannette von Busse

Herr Steffen Winker

Frau Diana Schleer

Frau Dr. Sylvia Schönfeld

Frau Friederike Krüger

Frau Sylvia-Sabine Kaeß

Frau Dr. Agnes Oestreich

Frau Petra Demuth

Frau Rosemarie Buchholz

Frau Andrea Reimann

Frau Dr. Claudia Brüß

Herr Thilo Kaiser

Frau Beate Schinkel

Frau Kati Schulz

Frau Meike Opitz

Frau Angelika Baer

Herr Christian Ulrich

Herr Jan-Peter Manske

Frau Carola Felkl

Frau Gabriele Sonntag

Frau Marlies Joost

Frau Katharina Metzker

Frau Franziska Willert

Herr Winfried Kremer

Frau Katrin Teetz

Herr Gero Maas

Frau Grit Hanke

Frau Annett Hauswald

Frau Kerstin Kremer

Frau Claudia Kowalzyck

Frau Petra Klatt

Frau Ina Bendt

Frau Imke Freiberg

Herr Carsten Witt

Frau Angela Baas

Herr Uwe Kiel

Frau Anika Frahm

Herr Dieter Schick

Herr Karsten Witt

Frau Monika Kindt

Herr Andreas Sappelt

Frau Ines Gömer

Herr Fabian Feldt

Herr Julius Hille

Herr Achim Lerm

Frau Anna Gatzke

Gäste

Herr Dr. Wolfgang Blank
Frau Grit Wuschek

Frau Anne Ziebarth
Herr Dr. Jörn Kasbohm

Herr Tobias Reinsch
Frau Anita Weiß

Tagesordnung

1. Eröffnung der Sitzung
2. Feststellung von Änderungsbedarf zur Tagesordnung
3. Fragen, Vorschläge und Anregungen der Einwohner
4. Diskussion von Beschlussvorlagen
- 4.1. Haushaltssatzung der Universitäts- und Hansestadt Greifswald für die Haushaltsjahre 2019/2020
Dez. I, Amt 20
5. Information der Verwaltung
6. Fragen, Vorschläge und Anregungen der Ausschussmitglieder
7. Informationen des Ausschussvorsitzenden
8. Sitzungsende

TOP 1. Eröffnung der Sitzung

Herr Mundt eröffnet die Sitzung mit 14 stimmberechtigten Ausschussmitgliedern.

TOP 2. Feststellung von Änderungsbedarf zur Tagesordnung

Zum Tagesordnungspunkt TOP 4.1. „Haushaltssatzung der Universitäts- und Hansestadt Greifswald“ gibt es zwei Änderungsanträge (SPD-Fraktion, Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN – Forum 17.4).

Des Weiteren soll die nachträgliche Vorlage der Fraktion Bürgerliste Greifswald-FDP „Änderung der Hauptsatzung (Aufwandsentschädigung) unter Punkt 4.2. auf die Tagesordnung gesetzt werden.

Abstimmungsergebnis: 14 Ja-Stimmen

Herr Mundt informiert über Ton- und Filmaufnahmen während der Sitzung. Es spricht sich kein Ausschussmitglied dagegen aus.

TOP 3. Fragen, Vorschläge und Anregungen der Einwohner

keine

TOP 4. Diskussion von Beschlussvorlagen

TOP 4.1. Haushaltssatzung der Universitäts- und Hansestadt Greifswald für die Haushaltsjahre 2019/2020

06/1654 Herr Dr. Fassbinder erklärt, dass sich in der Planungsphase durch Überarbeitung und durch den neuen Orientierungsdatenerlass die Daten zum Haushalt positiv entwickelt haben.

So steht jetzt im Ergebnishaushalt 2019 ein Defizit von ca. 6,2 Mio. EUR (ohne Entnahme aus der Rücklage). Die genehmigungsfreie Entnahme aus der Rücklage beträgt ca. 7,5 Mio. EUR; das heißt, es kann problemlos ausgeglichen werden. Beim Finanzhaushalt besteht ein Defizit einschließlich der Tilgungen von ca. 4,8 Mio. EUR.

Im Jahr 2020 sieht der Haushalt erfreulicher aus: im Ergebnishaushalt steht hier ein Defizit von ca. 4,8 Mio. EUR (problemlos ausgleichbar) und im Finanzhaushalt ein Defizit von ca. 1,1 Mio. EUR.

Im Jahr 2021 stehen im Ergebnishaushalt ca. -3,7 Mio. EUR und im Finanzhaushalt ca. + 300.000 EUR.

Nach einem Tief in 2019 ist ab 2020 ein Aufwärtstrend ersichtlich, die mittelfristige Entwicklung ist eindeutig positiv. Nicht eingepreist ist das FAG ab 2020, das den Haushalt auch noch besser stellen wird.

Ergänzend informiert Herr Maas über geänderte Maßnahmen in der Veränderungsliste, die sowohl zu positiven als auch negativen Ergebnissen führten (z. B. Steuereinnahmen, Grundsteuer B, Gewerbesteuerumlage, Gemeindeanteil an der Einkommenssteuer, Umsatzsteuer, Schlüsselzuweisungen, Familienleistungsausgleich, Kreisumlage, Finanzerträge).

Herr Maas appelliert, den Haushaltsausgleich in beiden Haushalten zu schaffen. Im Ergebnishaushalt ist dies technisch über die Entnahme aus der Rücklage möglich; im Finanzhaushalt reichen allerdings die Einnahmen nicht aus, um die Tilgungsleistungen zu decken bzw. die Vorräte abzudecken. Diese Haushalte sind auf lange Sicht gesehen, noch unausgeglichen. Wenn dem so ist, würde man sich schon im HSK befinden, und es würde alles eintreten, was eigentlich vermieden werden sollte (bestimmte Investitionsvorhaben könnten nicht umgesetzt werden; Subventionen müssten infrage gestellt werden, da zuerst Kürzungen im freiwilligen Bereich betroffen wären).

Zur neuen Version der Veränderungs- und Prioritätenliste, die am 29.11.2018 durch die Kanzlei der Bürgerschaft verschickt wurde, gibt es keine Nachfragen.

Fragen der Linken

Frau Socher ergänzt den Fragenkatalog um die Frage zum Quartiersmanagement für SW II. Die Zahlen für 2019 stehen im Haushaltsentwurf, aber nicht für 2020. Sind die Personalkosten auch für 2020 gesichert?

Frau Schinkel erklärt, dass die Ausgaben für das Quartiersmanagement nicht im Kernhaushalt, sondern im Sondervermögen 199 (Band III) dargestellt werden. Für 2020 sind die Ausgaben noch nicht gesichert; es wird eine erneute Programmanmeldung gestellt, damit die Maßnahme fortgeführt werden kann.

Greift der Beschluss der Landesregierung zu Straßenausbaubeiträgen auch schon bei der Klassifizierung der Baumaßnahme E.-Thälmann-Ring/Makarenkostraße? Frau von Busse informiert, dass zum 01.01.2020 die Straßenausbaubeiträge nach dem KAG wegfallen werden. Wie mit den Maßnahmen davor umgegangen wird, ist noch nicht bekannt.

Zu den Fragen von der SPD-Fraktion und Frau Bruns gibt es keine Anmerkungen.

Allgemeine Fragen zum Haushalt

Wirkt sich die Gewerbesteuererhöhung ab 2021 und in den Folgejahren negativ in den Schlüsselzuweisungen aus?

Eine Erhöhung des Gewerbesteuerhebesatzes führt nicht zu einer Erhöhung der Kreisumlage und nicht zur Reduzierung von Schlüsselzuweisungen. Die Umlagen berechnen sich auf Basis einer fiktiven Umlage (nähere Erläuterungen s. Frage 1 von Frau Bruns).

Kat. 1 Position 38 „Wegebau Neuer Friedhof“

Es sind für 2019 und 2020 jeweils 135.000 EUR veranschlagt. Ist diese Maßnahme dringlich oder kann sie verschoben werden?

Betrifft den Hauptweg vom Tor zur Trauerhalle, der sehr stark beschädigt und dringend ausgebessert werden muss.

Kat. 1 Position 5 „Bauhof“

Es wird eine frühe Einbeziehung beim Neubau des Hauptgebäudes gewünscht, damit ggf. noch Vorschläge und Änderungen einfließen können. Bezüglich Streuguthalle (Kat. 3, Position 12) wird gefragt, ob eine Verknüpfung in der Prioritätenliste möglich wäre.

Frau von Busse: Aus personellen Gründen hat man von einer Verknüpfung abgesehen. Der Wunsch nach einer frühen Einbeziehung der Politik in dieses Projekt und andere Projekte wird verwaltungsseitig aufgenommen.

Begründung für die Streuguthalle

Eine Begründung für die Streuguthalle wird erwünscht.

Herr Schick: Streuguthalle ist Standard; Salz wird aus Kostengründen lose angeliefert und lagert unter freiem Himmel ebenso Streusand; dementsprechend ist Feuchtigkeit und Frost ein Thema und wird vor jedem Einsatz zu einem Problem (Mehraufwand).

Rad- und Gehwege

Es sind keine Zahlen aus dem Haushalt bekannt. Wo stehen sie?

Herr Schick: Für diese Position gibt es eine Sammelstelle „Unterhaltung/Instandsetzung Straßen, Wege und Plätze“ mit eingestellten 900.000 EUR. Für 2019 sind davon 75.000 EUR für Häfen und Brücken vorgesehen. Von den 825.000 EUR werden 490.000 EUR für die Instandsetzung von Fahrbahnen, Geh- und Radwegen geplant und 335.000 EUR sind gebunden für Wartungsverträge Lichtsignalanlagen, Parkscheinautomaten etc.

Die Zahlen werden „sachkontenscharf“ durch die Kämmerei zur Verfügung gestellt.

Beschlusslage des Sportausschusses zu transpondergesteuerten Schließanlagen in Sporthallen

Sind für Umrüstungen Mittel im Haushalt enthalten? Wie ist der Umsetzungsstand?

Herr Manske: Die Mittel sind in der Haushaltsplanung nicht enthalten. Die Umrüstung pro Turnhalle beläuft sich auf ca. 500 EUR zzgl. Chip und würde man aus der Bauunterhaltung finanzieren können (benötigt keine Investitionsanmeldung).

Kat. 1, Position 42 „Tanklöschfahrzeug“

Anschaffung eines Tanklöschfahrzeuges und Verkauf eines alten – Sind Verkaufserlöse realisierbar und wo würden diese im Haushalt stehen?

Herr Winkler: Erlöse sind denkbar, die Höhe noch nicht bezifferbar, die Verkaufserlöse werden dem Haushalt zugeführt.

Kat. 3, Position 31 „Schlauch-Prüf- und Waschanlage“

Ist diese Beschaffung über die Brandschutzsteuer abgedeckt?

Herr Winkler: In Abstimmung mit der Kämmerei steht die Beschaffung in der Kat. 3 (unterm Strich), weil die Ersatzbeschaffung erst für 2021 vorgesehen. Es wird gehofft, dass diese Beschaffung dann aus dem Kernhaushalt im übernächsten Haushalt bestritten werden kann. Aus der Brandschutzsteuer werden grundsätzlich Sachen gekauft, die „Räder“ haben.

Anlage zum SPD-Fragenkatalog bzgl. Abschreibungen von Grundstücke

Welcher Sachverhalt verbirgt sich dahinter?

Frau Baas: Unbebaute Grundstücke werden nicht abgeschrieben, Ausnahme unbebaute Grundstück mit Außenanlagen. Dort werden die Außenanlagen abgeschrieben (wird von der Kämmerei nachgereicht).

Liste GWG, Turnhallen, Ersatz von Sportgeräten

Im Zusammenhang mit der Sportstättenplanung wurde der Zustand von Sportgeräten bemängelt. Sind 500 EUR/Jahr ausreichend?

Herr Kremer: Vom Grundsatz her reichen die Mittel, problematisch wird es, wenn Vandalismus oder unvorhersehbare Ereignisse eintreten; dann wird der Deckungsring beansprucht.

Geplante Gewerbesteuererhöhung

Die geplante Gewerbesteuererhöhung wird kritisch gesehen, passt nicht in die Zeit, da die wirtschaftlichen Rahmendaten besser denn je sind. In guten Zeiten sollte man eher auf Steuererhöhung verzichten und Rücklagen nicht abschmelzen, sondern aufstocken. Dieses Mittel sollte man eher in „schlechten“ Zeiten ziehen. Dadurch würde sich die Wahrscheinlichkeit der Zustimmung zum Haushalt durch FDP und Bürgerliste signifikant erhöhen.

Die CDU schließt sich dem an, eine Gewerbesteuererhöhung wird nicht mitgetragen. Sie möchten nochmals eine Überprüfung der Stellenzugänge zu 2019 und 2020, um evtl. die 800.000 EUR, die durch eine geplante Gewerbesteuererhöhung erzielt werden würden, zu kürzen.

Herr Dr. Fassbinder: Würde es ungern mit dem Personal verknüpfen. Es ist die unterste Schmerzgrenze an Personalaufwachs. Der politische Raum ist dann gefragt, genau zu sagen, welche Aufgaben nicht erfüllt werden sollen.

Gewinnausschüttung WVG

Es wird sich gegen die Gewinnausschüttung (4 Mio. EUR) der WVG ausgesprochen, damit könnte die WVG viele Projekte im sozialen Wohnungsbau anschieben.

Herr Dr. Fassbinder: Wenn die Gewinnausschüttung und die Steuererhöhung nicht gewollt sind, werden aus dem politischen Raum Vorschläge erbeten. Momentan wird verwaltungsseitig keine andere Möglichkeit gesehen, vorgeschlagene Gebührenanpassungen stießen fast alle auf Ablehnung.

Der Verwaltung wird zum jetzigen Stand des Haushaltes Lob ausgesprochen.

Über die Vorlage wird abgestimmt.

Abstimmungsergebnis: 5 Ja-Stimmen
5 Gegenstimmen
4 Stimmenenthaltungen

TOP 4.1.1. Haushaltssatzung der Universitäts- und Hansestadt Greifswald für die Haushaltsjahre 2019/2020

06/1682 Herr Dr. Kerath erläutert, dass der Änderungsantrag gestellt wurde, bevor der Fragenkatalog der Partei beantwortet wurde und demzufolge evtl. angepasst werden müsste. Er stellt die Änderungen im Einzelnen vor.

Zu einigen Punkten wird Stellung bezogen:

Pkt. 1 „Z4LP – Zentrum für Life Science und Plasmatechnologie“

Herr Dr. Fassbinder ist mit der vorgeschlagenen Verfahrensweise zur Vorlage der Ausschreibungsergebnisse im Finanzausschuss einverstanden.

Zur Verdeutlichung des ersten Anstriches erklärt Herr Dr. Fassbinder, falls es zur Einführung eines Haushaltssicherungskonzeptes kommen sollte, gäbe es letztlich auch keine Handlungsfreiheit mehr und das Projekt könnte nicht weitergeführt werden.

Herr Maas ergänzt, dass dieses Projekt der Wirtschaftsförderung dient und ein Zukunftsprojekt der Stadt Greifswald darstellt. Das Z4LP wird in Bezug auf den Eigenanteil durch die Einnahmen, die sich aus der Pacht ergeben sollen, refinanziert.

Auf die Nachfrage von Herrn Evers, wie viel Mittel bereits bei diesem Projekt gebunden sind und ob dieses Projekt noch gestoppt werden kann, erklärt Herr Maas, dass in diesem Fall alle ausgegebenen Mittel (über 2 Mio. EUR) für die Planung dann den Ergebnishaushalt belasten und ggf. zur Gefährdung des Haushaltsausgleichs in dem entsprechenden Jahr führen könnten.

Frau Socher plädiert für die Fortführung dieses Projektes, wünscht sich aber eine Nachverhandlung zu möglicherweise weiterer Einwerbung von Mitteln. Herr Fassbinder erklärt, dass dies bereits praktiziert wird.

Herr Dr. Kerath merkt an, dass zu damaliger Zeit Herr Dr. König und Herr Wille den Fraktionen Finanzierungstabellen (Volumen von 31 Mio. EUR) präsentierten, die von einem Refinanzierungszeitraum von 50 Jahren ausgingen. Bei einem höheren Kostenvolumen wird sich jetzt auch dementsprechend der Refinanzierungszeitraum erhöhen. Die Sinnhaftigkeit dieses Projektes steht außer Frage, allerdings wird hier die Leistbarkeit dieses Projektes infrage gestellt.

Herr Kolbe bittet die Verwaltung, die Wettbewerbsanalyse zu aktualisieren (stammt von 2014 und wurde letztmalig Anfang 2016 aktualisiert).

Pkt. 3 Strandbad Eldena

Das Strandbad kann als wesentliches Produkt festgelegt werden. Herr Maas erklärt in diesem Zusammenhang aber, dass Festlegungen zu wesentlichen Produkten immer Mehrarbeit in der Haushaltsdarstellung bedeuten.

Die Doppik zielte darauf ab, nicht mehr über Zahlen zu steuern, sondern über Zielvorgaben, deshalb die Vorgabe, so Herr Dr. Kerath.

Pkt. 5 Weiterführung der Investitionen Umgestaltung Hansering

Herr Dr. Fassbinder warnt davor, dass bei Nichtumsetzung der Umgestaltung des Hanserings 10,25 Mio. EUR Fördermittel für die IGS Fischer plus 690.000 EUR Planungskosten plus Summe x für Regressforderungen zurückgezahlt werden müssen, da beide Projekte gekoppelt waren (Aussage des Innenministeriums). Auch wird hier immens das Vertrauen der Landes- und Bundesregierung auf's Spiel gesetzt und wäre förderschädlich für evtl. weitere Förderanträge.

Pkt. 6 KUS-Steigerung

Herr Maas erklärt, dass man sich hier die Frage der Leistbarkeit stellen muss.

Pkt. 7 Eigenbetrieb Hanse-Kinder, Einstellung eines Betrages zur Beibehaltung der Kostendeckelung

Anmerkung von Frau Felkl, dass es den THH 9, Produkt 3.6.1, betrifft. Sie bittet darum, die Formulierungen präziser auszuführen (Deckelung wie bisher?).

Pkt. 9 Zuschuss für den Kreisverband der Gartenfreunde Greifswald e. V.

Herr Maas beklagt die Fortschreibung des Zuschusses angesichts des Zieles der Erreichung des Haushaltsausgleiches.

Zum Verwendungszweck dieser Mittel befragt, erklärt Herr Dr. Kerath, dass nach seinem Kenntnisstand der Kreisverband das Geld an die einzelnen Sparten weiterreicht, um Investitionen zu vollziehen, die sie durch ihre Mitgliedsbeiträge nicht abdecken können. Die Höhe dieser Mittel wurde in Zusammenarbeit mit dem Kreisverband eingeschätzt. Wie diese Mittel tatsächlich verwendet wurden und werden, wird bis zur Bürgerschaftssitzung erfragt.

Pkt. 10 Eigenanteil für die Partnerschaften im Rahmen des Projektes Demokratie

Die Mittel wurden in den Haushalt eingestellt.

Pkt. 11 Die Mittel für die sog. Selbständige Schule

Die Mittel wurden in den Haushalt eingestellt.

Pkt. 12 Mittel für die Sanierung der Geh- und Radwege

Die vorgenommenen Kürzungen wurden der Umsetzung durch das Personal angepasst (es kann nur so viel geplant werden, wie auch umgesetzt werden kann), so Herr Dr. Fassbinder.

Stand des Berichtswesens aus der Produktbeschreibung

Herr Dr. Kerath kritisiert die fehlenden Berichte zu den Zielvorgaben.

Herr Dr. Fassbinder:

- halbjährlicher Bericht St. Spiritus liegt im Amt vor und soll im Bildungsausschuss ausgewertet werden,
- regelmäßige Berichterstattung der Beauftragten erfolgt immer Anfang des Jahres,
- Sachstand zu den zusätzlich aufgebrachten Mitteln zur Selbständigkeit der Schulen kann der Ist- Stand Okt. vorgestellt werden, der Jahresrückblick im Jan./Feb. 2019

Frau von Busse:

- Straßenzustandsbericht ist offen (hoher personeller Aufwand),
- Zur Einschätzung, ob die Mittel, die zum Unterhalt für die Straßen eingestellt wurden, ausreichend sind, kann eine Auflistung ausgereicht werden (sie ist nicht öffentlich, um anstehende Ausschreibungen nicht zu beeinflussen). Gleiches gilt für die Investitionen in Spielplätzen der Stadt.

Da der Änderungsantrag von der SPD bis zur Bürgerschaftssitzung überarbeitet wird, wird auf eine Abstimmung verzichtet.

TOP 4.1.2. Änderungsantrag zur Haushaltssatzung der UHGW für die Haushaltsjahre 2019/2020

06/1693 Die Änderungen des Antrages werden durch Herrn König erläutert.

Zu den Punkten wird Stellung bezogen:

1. 1 VZS Hochbau-Ingenieur

Frau Demuth beziffert die benötigten finanziellen Mittel zwischen 60.000 EUR und 70.000 EUR (stufenabhängig).

Zur Stellungnahme der Verwaltung befragt, informiert Herr Kremer, dass momentan alle Bauingenieure an große Baumaßnahmen gebunden sind. Durch Fertigstellung der CDF-Sporthalle kann ab März ein Bauingenieur ein neues Projekt übernehmen (Entscheidung dann zwischen Sporthalle 3 oder Grundschule). Die neu zu schaffende Stelle könnte dann ein Projekt übernehmen. Perspektivisch würde diese Stelle Entlastung bringen, aber zum Anfang des Jahres 2019 muss die Entscheidung zwischen Sporthalle oder Grundschule fallen. Ab Herbst wird zusätzlich Entlastung durch eine Kollegin aus der Elternzeit erwartet.

2. Ausfinanzierung Mittagstisch

Frau Gömer erklärt, dass der Mittagstisch durch freie Träger (Kinderschutzbund, Deutsche Rote Kreuz,Takt) ausschließlich durch Spendengelder abgedeckt wird. Als das Projekt begonnen wurde, gab es 2008 eine Anschubfinanzierung durch die Stadt. Im Haushalt steht derzeitig nichts.

Frau Baas ergänzt, dass es sich hier um soziale Auszahlungen handelt, die in den Zuständigkeitsbereich des Landkreises gehören.

3. Verbesserung Klarschiff-Portal

Frau Kremer ergänzt, dass die Forderungen die Personalkosten nicht abdecken; hierzu wird eine offizielle Mitteilung erfolgen.

4. THH 7 „Besondere Bewirtschaftungsregelungen“

Herr Winkler erklärt, dass diese Ergänzung keine unmittelbare Wirkung auf die Marktteilnehmer hätte. Die vorhandene Markgebührensatzung regelt dieses bereits im § 12.

Frau Baas bietet an, dass solche Bewirtschaftungsregelungen (haushaltsrechtliche Regelungen) über das Produkt 5.7.3.0.0. oder 5.7.3.0.1. unter Maßnahmen/Ziele verankert werden können.

5. Prioritätenliste: Kat. 3 „Neue Technik BS-Saal“

Frau Baas informiert, dass diese Maßnahme auf der Prioritätenliste, Kat. 1 (EDV-Liste) steht.

6. Informations- und Kommunikationstechnik

Herr Pfof gibt den Hinweis, die vorgeschlagene Produktbeschreibung in „Einführung Open-Data-Portal“ zu ändern.

7. Öffentliche Haltestellen

Frau Metzker gibt die starre Formulierung „... über das Förderprogramm ... umzusetzen“ zu bedenken. Falls keine Fördermittel kämen, wäre kein Handlungsspielraum vorhanden. Herr König hat diesbezüglich vom LFI bestätigt bekommen, dass die Stadt unbedingt die Förderung beantragen soll, da die Gelder vorhanden sind.

Auf eine Abstimmung zum Änderungsantrag wird verzichtet.

TOP 4.2. Änderung der Hauptsatzung (Aufwandsentschädigungen)

06/1692 Herr Kolbe bringt die Vorlage ein. Aufgrund der Haushaltslage sollten alle Aufwandsentschädigungen (§ 17 der Hauptsatzung) um 10 % gekürzt werden.

Über die Änderung wird nicht abgestimmt.

TOP 5. Information der Verwaltung

Keine

TOP 6. Fragen, Vorschläge und Anregungen der Ausschussmitglieder

Herr Evers möchte Informationen zum Stand der Jahresabschlüsse.

Herr Maas informiert, dass der Jahresabschluss 2014 zur Prüfung dem Rechnungsprüfungsamt vorliegt und sich der Jahresabschluss 2015 in Aufstellung befindet (ca. Jan./Feb. 2019 Übergabe an das Rechnungsprüfungsamt).

Herr König gibt den Hinweis zur praktikablen Software beim Landkreis zur Haushaltsaufstellung. Herr Maas erklärt, dass die Software der Stadt (Web-Kompass) der des Landkreises ähnelt.

Er verweist auf die Möglichkeit der Verfügbarkeit der Planungsdaten über einen Link.

TOP 7. Informationen des Ausschussvorsitzenden

keine

TOP 8. Sitzungsende

Die Sitzung wird um 19:52 Uhr beendet.

gez.
Thomas Mundt
Ausschussvorsitzender

gez.
Birgit Rosolski
für das Protokoll